

Auszug aus der Koalitionsvereinbarung für die 18. WP in der Bremischen Bürgerschaft, hier:
Seite 40 zum Thema

„Lärm flächendeckend bekämpfen

Für viele Menschen in Bremen und Bremerhaven ist der Lärmschutz ein zunehmend wichtiges Thema. Sie haben ein Anrecht darauf, von krank machendem Lärm verschont zu werden. Durch den Lärmschutz-Aktionsplan sind erste Maßnahmen (wie Lärmschutzmaßnahmen an unseren Straßen sowie beim Schienenverkehr, Tempolimits und Lkw-Durchfahrtsverbote) realisiert worden. Weitere müssen folgen. Unser Ziel ist es, dass überall die Grenzwerte eingehalten werden. Das erfolgreiche Lärmschutzfensterprogramm werden wir fortsetzen.

Im Jahr 2012 wird eine erneute Lärmkartierung für das Land Bremen erfolgen, in die auch die Stadt Bremerhaven mit allen wesentlichen Lärmquellen einbezogen wird. Wir wollen prüfen, ob auf Autobahnabschnitten der A 1 und A 27 ohne ausreichenden Lärmschutz durch nächtliche Temporeduzierungen relevante Lärmschutzeffekte zu erzielen sind. Wir werden auch weiterhin die Möglichkeit der Lärminderung in Wohngebieten durch Temporeduzierung nutzen. Dieses soll unter Beteiligung der Beiräte geschehen.

Wir wollen das Lkw-Führungsnetz überarbeiten mit dem Ziel, einen flüssigen LKW-Verkehr zu sichern und Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner zu verringern.

Unser Ziel ist es, das wachsende Verkehrsaufkommen durch die zunehmende Bedeutung der Nordseehäfen durch eine weitere Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene zu bewältigen. Dafür muss es einen effektiven Lärmschutz an den Bahnstrecken in Bremen und Bremerhaven geben. Auch im Bremer Hauptbahnhof müssen lärmreduzierende Maßnahmen ergriffen werden, z.B. durch Entdröhnung. Wir werden uns dafür auf allen geeigneten Wegen einsetzen: auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sowie in direkten Verhandlungen mit der Deutschen Bahn.

Auf Bundesebene sollen die für den Lärmschutz verfügbaren Haushaltsmittel für die Regelsanierung erhöht werden. Die Pilotprojekte für Lärmschutz im Konjunkturprogramm II sollen fortgesetzt und auch die bremischen Bahnstrecken dabei berücksichtigt werden.

Ebenso ist Bremen an Modellprojekten für die von der EU-Kommission empfohlene Lärmkontingentierung zu beteiligen. Das Immissionsschutzgesetz muss zeitgemäß reformiert werden; u. a. muss der Erschütterungsschutz berücksichtigt werden und die Lärmsanierungswerte sind deutlich abzusenken, z.B. durch die Abschaffung des sogenannten Schienenbonus. Eine konsequente Umrüstung veralteter Güterwagen auf lärmarme Bremstechnik muss sofort beginnen. Dazu sind lärmabhängige Trassenpreise als ökonomischer Anreiz für den Einsatz lärmarmen Fahrzeuge unverzüglich einzuführen. Darüber hinaus ist eine Rechtsgrundlage für qualifizierte Geschwindigkeitsbeschränkungen für laute Züge zu schaffen.

Im direkten Dialog mit der Bahn und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung werden wir auf die beschleunigte Errichtung weiterer Lärmschutzwände und andere Lärmschutzmaßnahmen, die Sanierung von bremischen Eisenbahnbrücken und eine verstärkte regelmäßige Gleissanierung hinwirken. Langfristig fordern wir von der Bahn die Entwicklung konkreter Alternativen, um den Güterverkehr außerhalb von Wohngebieten zu führen und den Bremer Hauptbahnhof zu entlasten. Für die Region Bremen soll ein Zielkonzept erarbeitet werden, mit dem die Schienenanbindungen für den Personen- und Güterverkehr verbessert und langfristig gesichert werden. Dabei sollen in einer Machbarkeitsstudie die grundsätzliche Möglichkeit und alternative Varianten einer Güter-

41

umgehungsbahn untersucht werden. Gleichzeitig soll das Zielkonzept als belastbare Grundlage für die Erarbeitung des neuen Bundesverkehrswegeplans dienen.